zu Punkt 4.2

Beschluss des Stadtrats

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

Finanzplan und Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2007 - 2010

I. 1. Grundsatzbeschluss

1.1 Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan 2007 - 2010 grundsätzlich zu. Diese Planung entspricht auch der von der Rechtsaufsichtsbehörde bei der Genehmigung des Haushalts 2006 erteilten Auflage, dass der immer weiter ansteigenden Verschuldung der Stadt und der dadurch für künftige Haushalte drohenden Belastung begegnet wird. Weiter beschließt der Stadtrat die in den Beilagen 4.1 c) bis 4.1 f) festgelegten Aufträge an die Verwaltung.

1.2 Das Finanzreferat wird beauftragt, den Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan an die Änderungen anzupassen, die sich aus den Haushaltsberatungen für 2007 ergeben.

1.3 Sollten sich Einzahlungen oder Auszahlungen günstiger entwickeln als im Finanzplan 2007 geschätzt, sind die Verbesserungen zu nutzen, um die vorgesehenen Kreditaufnahmen zu reduzieren bzw. endfällige Darlehen zu tilgen.

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis zu den Haushaltsberatungen 2008 ein Sparpaket im Umfang von 10 Mio. € zu erarbeiten.

3. Das Referat für Allgemeine Verwaltung und das Finanzreferat werden beauftragt, durch rechtzeitig einzuleitende geeignete Maßnahmen zu bewerkstelligen, dass bei der Haushaltsplanaufstellung 2008 im Ergebnishaushalt die Personal- und Sachaufwendungen gegenüber dem Planansatz 2007 möglichst nicht steigen. Zusätzliche Aufwendungen, die durch zweckgebundene zusätzliche Erträge gedeckt sind, sind im Umfang der zusätzlichen Erträge hiervon ausgenommen, ebenso interne Leistungsverrechnungen.

II. **Ref. II**

Nürnberg, 23. November 2006

Der Vorsitzende:	Der Referent:	Die Schriftführerin:
(Dr. Maly) Oberbürgermeister	(Köhler) Stadtkämmerer	(Brinkmann)

Abdruck an:

BgA
2. BM
SRD
Ref. I
Ref. I/II-Stab VR
Ref. IV
Ref. V
Ref. VI
OrgA
PA
SchV/MN
J
Gh
T
NüBad

spd@stadt.nuernberg.de
www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de
U1, U11 Lorenzkirche
Bus 36, 46, 47 Rathaus
Rathaus
90403 Nürnberg
Tel 0911 / 231-2906
Fax 0911 / 231-3695
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG

Tischvorlage
Beilage 4.1 c)

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
08. NOV. 2006 /..... Nr.....
II
1 Zur Kts.
2 z.V.
3 Zur Stellungnahme
4 Antwort vor Absendung vorlegen
5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Referat II
16. NOV. 2006
BstA | Ka | St | Stk

Nürnberg, 07. November 2006

Haushalt 2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Anbetracht der immer noch notwendigen Haushaltskonsolidierungen hat sich die SPD-Stadtratsfraktion auf einige wenige Korrekturen des Haushaltsplanentwurfs 2007 beschränkt.

Wir haben in unseren Beratungen das Haushaltskonsolidierungspaket für das Jahr 2007, Stand 29.09.2006, einbezogen. Deshalb ist unser Brief vom 17.10.2007 Bestandteil unserer Entscheidungen.

Nachdem durch Verhandlungen in der Oberbürgermeisterrunde mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Stadtkämmerer wesentliche Vorgaben und Beschlüsse der Ausschüsse und der SPD-Stadtratsfraktion im Kämmereipaket erledigt werden konnten, stellt die SPD-Stadtratsfraktion zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2007 zum Personal, Investitions- und Verwaltungshaushalt folgende ausgabenwirksame

Anträge

und stellt für den Investitionshaushalt weitere Untersuchungs- und Planungsanträge, die für die MIP-Beratungen 2008ff. Grundlagen schaffen sollen.

A. Für den Personalhaushalt 2007 wird beantragt:

1. OBM/SRD – Heimaufsicht
   Um die Personalausstattung der Heimaufsicht richtig beurteilen zu können, wird OrgA beauftragt, eine Untersuchung über die Erfüllung der Heimaufsicht nach den Vorgaben des Sozialausschusses zu erstellen.
   Die Ergebnisse der Untersuchung sind im Fachausschuss im ersten Quartal 2007 zu beraten.
   Im Falle einer notwendigen personellen Ausweitung der Heimaufsicht ist diese bzw. sind diese Stellen überplanmäßig zur Verfügung zu stellen und im folgenden Haushaltsjahr im Stellenplan 2008 aufzunehmen.

Stadtratsfraktion Nürnberg SPD

2. Referat V/J - Kinder- und Jugendhaus Gartenstadt
Ein/e Sozialpädagoge/in – POA-Vorlage Ziff. 15 vom 24.10.2006
Die Besetzung der/s Sozialpädagogin/en für das Kinder- und Jugendhaus Gartenstadt ist aus dem Mobilitätsmanagement zur Verfügung zu stellen bzw. bei fehlender Auswahl überplanmäßig im Laufe des Jahre 2007 zu besetzen.

B. Für den mittelfristigen Investitionsplan 2007 – 2010 wird beantragt:

Anlage 1, vier Anträge

Wird unter Beilage 6.1 Antrag Nrn. 6, 8, 10 u. 42 behandelt

C. Für den Verwaltungshaushalt 2007 wird beantragt:

Anlage 2, vier Anträge

Wird unter Beilage 7.2.1 Antrag Nr. 14, 30, 53 u. 73 behandelt

D. Für folgende stadtentwicklungsrelevante Bereiche sind Bedarfs- und Projektstudien zur Fortschreibung der mittelfristigen Investitionsplanung 2008 – 2011 durchzuführen:

1. Westbad
Ziel: a) Sanierung und Weiterentwicklung zu einem zeitgemäßen Familienbad
b) Realisierungs- und Finanzierungsprognose

2. Hauptbahnhof
Nordseite
Ziel: a) Teilumsetzung des Wettbewerbsergebnisses Bahnhofsvorplatz Nordseite
b) ÖPNV-Verknüpfung zur Straßenbahnführung Pillenreuther Straße
c) Realisierungs- und Finanzierungsprognose

Südseite (Nelson-Mandela-Platz)
Ziel: a) Durchführung der Bürgerbeteiligung
b) Integration der neuen Verkehrsführung Pillenreuther Straße in die Platzgestaltung
c) Realisierungs- und Finanzierungsprognose

3. Musikschule
Ziel: a) Konzept für ein Haus bei Aufrechterhaltung regionaler Übungsräume und Lehrangeboten
b) Suche nach einem geeigneten Standort (ehemalige Gewerbeimmobilie oder Neubau zum Beispiel im Leonhardspark)
c) Realisierungs- und Finanzierungsprognose

Mit freundlichen Grüßen

Gebhard Schönfelder
Vorsitzender

Stadtratsfraktion Nürnberg SPD

TISCHVORLAGE

Beilage 4.1d

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

StR-Elat 23.11.06

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
21. NOV. 2006
II 1 Zur Kts. 3 Zur Stellungnahme
4 Antwort vor Absendung vorlegen
IV 2 z.M.v. 3 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

mm / 20.11.06
Frieser/ Regitz

Stadtrat am 23./24.11.06 – Haushaltsberatungen: Schulpsychologie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Schulpsychologische Dienst im Schulreferat leistet auf vielfältigen Gebieten Beratungs- und Förderarbeit (siehe Tätigkeitsbericht). Unseren Informationen zufolge können die Terminnachfragen nach Beratungen von Eltern, Schülern und Lehrern nicht bedarfsgerecht und vor allem nicht zeitnah erfüllt werden. Diese langen Wartezeiten bedeuten für Schüler Zeitverlust für notwendige Förderung und gesundheitliche Belastungen auch für Eltern und Lehrer.
Statistiken zufolge steigt seit Jahren der Beratungsbedarf. Deshalb ist großer Handlungsbedarf gegeben.
Der Schulpsychologische Dienst besteht derzeit aus 4 ½ Stellen. Wenn die uns vorliegenden Informationen zutreffen und objektiv geprüft sind, brauchen wir mehr Personal, gegebenenfalls überplanmäßig.
Für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich deshalb zu den Haushaltsberatungen am 23./24.11.2006 folgenden

Antrag

zur Behandlung im Schulausschuss zum Ende des Schulhalbjahres 2006/2007:

- Die Verwaltung stellt die derzeitige Zusammenarbeit zwischen staatlichen und städtischen Beratungsstellen dar.
- Die Verwaltung zeigt mögliche Synergieeffekte auf.
- Die Verwaltung legt die diesjährigen Wartezeiten dar.
- Die Verwaltung legt dar, auf welchen Gebieten die Beratungsnachfragen im letzten Jahr gestellt wurden bzw. welche neu dazu gekommen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender

Referat II	Nr.
21. NOV. 2006	
BstA Ka St StK	

Beilage 4.1e

TISCHVORLAGE

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

CSU

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg StR-Stat 23.11.06

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Mäly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
21. NOV. 2006 / ..... Nr. .....

II	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
		4 Antwort vor Absendung vorlegen
V	2 Zw.V.	5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

ts / 20.11.06
Frieser/ Thoma

Ø 2.T., ul.

Stadtrat am 23./24.11.06 – Haushaltsberatungen: Einrichtung eines Frühwarnsystems zum Schutz vor Missbrauch und Vernachlässigung

Referat II
21. NOV. 2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im Stadtrat am 23./24.11.06 – Haushaltberatungen – folgenden

Vorab per Fax: 23.

Ø Antrag

Antrag:

1. Die Verwaltung stellt zum frühestmöglichen Zeitpunkt die erforderlichen städtischen Komplementärmittel zur Einrichtung eines Frühwarnsystems zum Schutz vor Missbrauch und Vernachlässigung in den Haushalt des Referates V ein. Diese betragen mindestens 150.000,-- €, beginnend 2007.

2. Sobald eine Förderzusage seitens des Bundesfamilienministeriums an die Stadt Nürnberg ergangen ist, stellt die Verwaltung ihre konzeptionellen Überlegungen dazu im zuständigen Ausschuss vor.

3. Die Stadt Nürnberg benennt innerhalb der Verwaltung einen Beauftragten zur Vernetzung der Angebote der Eltern- und Familienbildung, der als fester Ansprechpartner den Vernetzungs- und Integrationsprozess der vor Ort bestehenden Angebote und Leistungen für Familien moderiert und koordiniert.

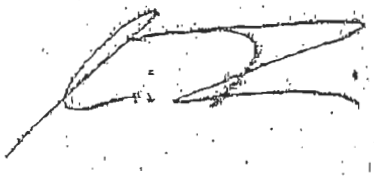
4. Sollte sich der Freistaat Bayern für die geforderten verpflichtenden Untersuchungen von Kindern entscheiden, ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen nötig. Es ist ein Konzept zu erstellen, wie solche verpflichtenden Untersuchungen vor Ort kontrolliert werden können. Liegt dieses Konzept vor, ist zu eruieren, welche Fördermöglichkeiten und Kostenbeteiligungen es seitens des Freistaates gibt.

Begründung:

Je eher schwierige Familienverhältnisse erkannt werden, desto früher können Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Familien und besonders deren Kinder entwickelt werden. Im Bedarfsfall werden dann, zusammen mit den entsprechenden Sozialdienststellen, individuelle Hilfsmodelle zur Prävention entwickelt. Auch Hebammen werden mittlerweile in der Familienbildung qualifiziert, um Eltern während der Geburtsvorbereitung und in der Nachsorge nach der Geburt des Kindes auf ihre Erziehungsaufgabe vorzubereiten und sie durch Informationen und die Weitervermittlung von Hilfeangeboten zu unterstützen.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag in den kommenden fünf Jahren 10 Mio. Euro u. a. auch für Modellprogramme zur Förderung von gefährdeten Kindern bereit gestellt. Darüber hinaus soll über Ländergrenzen hinweg eine zentrale Plattform aufgebaut werden, um das vorhandene Wissen und die Erfahrungen der Länder und Kommunen gezielt auszuwerten und zu bündeln. Dieses Wissen soll allen Kommunen und Trägern zugänglich gemacht werden, die frühe Hilfen und ein soziales Frühwarnsystem aufbauen wollen, sodass auch die Stadt Nürnberg davon beim Aufbau eines solchen Frühwarnsystems profitieren kann und es so gelingt, gefährdeten Familien zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender

Tischvorlage

Beilage 4.1 f.

Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/Die Grünen
Nürnberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90317 Nürnberg

Stadtrat Nürnberg
z. H. Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
16. NOV. 2006 / ..... Nr. .....

II	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
		4 Antwort vor Abgangsfrist vorlegen
	1 z.V.	5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Telefon: 0911/ 231-5091
Telefax: 0911 / 231-2930
e-Mail: gruene@stadt.nuernberg.de

09.11.2006

Zum entspr. Antrag s. d. Etatberatungen

Personelle Ausstattung des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Arbeitsumfang des Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg hat in den letzen Jahren ständig zugenommen. Zu den Kernaufgaben - Vorbereitung der Verleihung des Menschenrechtspreises, Friedenstafel - kommen zunehmend internationale Kongresse und weitere Themenbereiche (z.B. die „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt") hinzu. Mit der steigenden Zahl der MenschenrechtspreisträgerInnen steigt auch der Umfang der aus der Preisverleihung entstehenden Folgeunternehmungen. Die Arbeit des Büros erfordert einen hohen organisatorischen Aufwand. Die vorwiegend internationalen Kontakte benötigen eine intensive Pflege und sind mit herkömmlicher Verwaltungsarbeit nicht vergleichbar.

Das Büro stößt bei seiner Arbeit daher regelmäßig an die Grenzen seiner personellen Ausstattung und zeitlichen Ressourcen.

Wir beantragen im Zusammenhang mit der Zusammenführung der „internationalen Bereiche" der Stadt Nürnberg im Heilig-Geist-Spital zu prüfen, ob die Personalausstattung des Menschenrechtsbüros als unverzichtbare Stabsstelle für die anstehenden Aufgaben ausreichend ist.

Mit freundlichen Grüßen

Wellhöfer

Brigitte Wellhöfer, Fraktionsvorsitzende

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN